Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

des

Evangelisch-lutherischen Landeskirchenamts in Kiel

Stück 8

Kiel, den 21. August

1939

Inhalt: 49. Verordnung über den Gesamtverband Altona-Blankenese. Vom 16. August 1939. (S. 97). - 50. Verordnung über die Zusammensetzung der kirchlichen Körperschaften. Vom 10. August 1939 (S. 99). - 51. Einberufung zu Übungen der Wehrmacht (S. 100). - 52. Krankenversicherung der Geistlichen (S. 107). - 53. Umpfarrung des Ortsteils Kopperpahl (S. 107). - 54. Umpfarrung des Gutes Rathmannsdorf (S. 108). - 55. Dienstwohnungsvergütung für kinderreiche Beamte (S. 109). - 56. Übernahme von Pfarrarchiven bei einem Wechsel im Pfarramt (S. 110). - 57. Kirchenkollekte für die Arbeit der Inneren Mission (S. 111). - 58. Ermittlung von Urkunden (S. 111). - Personalien. - Erledigte Pfarrstelle.

Nr. 49. Verordnung über den Gesamtverband Altona-Blankenese.

Vom 16. August 1939.

Auf Grund der §§ 2 und 3 der 17. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 10. Dezember 1937 (Kirchl. Ges. u. V.-Bl. Seite 138) wird verordnet:

§ 1.

Der Evangelisch-Lutherische Kirchengemeindevorband Altona, der Evangelisch-Lutherische Kirchengemeindevorband Ottensen und der Evangelisch-Lutherische Kirchengemeindevorband Blankenese bilden für die in § 2 bezeichneten Aufgaben einen Gesamtverband, der die Bezeichnung „Evangelisch-Lutherischer Gesamtverband Altona-Blankenese“ erhält.

Die Kirchengemeindevorstände Altona, Ottensen und Blankenese bleiben mit ihren Aufgaben unverändert bestehen.

Die Zugehörigkeit der dem Gesamtverband angehörenden Kirchengemeindevorstände und ihrer Verbandsgemeinden zu ihren Propsteiorganen wird durch die Bildung des Gesamtverbandes nicht berührt.

§ 2.

Der Gesamtverband hat die Aufgabe, die Kirchengemeindev Verbände in den Fällen zu unterstützen, in denen sie außerstande sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und dabei nach Möglichkeit einen Ausgleich der Steuereinnahmen herbeizuführen der Art, daß gleiche Kirchensteuerzuschläge in den Kirchengemeindev Verbänden und in den Verbandsgemeinden erhoben werden können.

§ 3.

Der Verband wird durch den Vorstand geleitet und vertreten.

§ 4.

Der Vorstand besteht aus 6 Mitgliedern, unter denen 3 Geistliche sein müssen.

Die Vorsitzenden der Verbandsausschüsse der Kirchengemeindev Verbände gehören dem Vorstand für die Dauer ihres Amtes an. Ihre Stellvertreter werden von den Verbandsausschüssen bestimmt.

Je ein Mitglied und sein Stellvertreter werden auf die Dauer ihres Hauptamtes von den Verbandsausschüssen der Kirchengemeindev Verbände aus den Mitgliedern des Kirchengemeindev Verbandsausschusses oder der Kirchengemeindev Verbandsvertretung berufen. Der Vorsitz im Vorstand wechselt nach Ablauf von je 3 Jahren unter den nichtgeistlichen Mitgliedern. In den ersten 3 Jahren führt den Vorsitz das nichtgeistliche Mitglied des Kirchengemeindev Verbandes Blankenese. Es folgt im Vorsitz das nichtgeistliche Mitglied des Kirchengemeindev Verbandes Altona, darauf das nichtgeistliche Mitglied des Kirchengemeindev Verbandes Ottensen. Die Vertretung des Vorsitzenden steht demjenigen nichtgeistlichen Mitglied zu, das nach Beendigung der laufenden dreijährigen Vorsitzzeit den Vorsitz zu übernehmen hat.

Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig.

§ 5.

Auf die Geschäftsführung und Beschlussfassung des Vorstandes finden die Vorschriften des § 76 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins sinngemäß Anwendung. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Landeskirchenamtes bedarf.

§ 6.

Der Vorstand bedient sich zur Erfüllung der Aufgaben des Gesamtverbandes nach Möglichkeit der Einrichtung der Kirchengemeindev Verbände.

§ 7.

Zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgaben erhebt der Gesamtverband von den Kirchengemeindev Verbänden nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit eine von ihm zu verteilende Ausgleichsabgabe. Diese Abgabe ist eine gesetzliche Verpflichtung und bedarf der Genehmigung des Landeskirchenamtes.

§ 8.

Die Kirchengemeindev Verbände sind verpflichtet, rechtzeitig vor Beginn des Rechnungsjahres ihre Voranschläge und die Voranschläge der Verbandsgemeinden dem Vorstand einzureichen. Der Vorstand ist an die Voranschläge bei Verteilung der Ausgleichsabgabe nicht gebunden.

§ 9.

Die Aufsicht über den Gesamtverband führt das Landeskirchenamt. Im Rahmen dieser Aufsicht prüft das Landeskirchenamt auch die Durchführung der Voranschläge der Kirchengemeindeverbände im Hinblick auf die Verwendung der Zuschüsse aus der Ausgleichsabgabe.

Das Landeskirchenamt nimmt die Jahresrechnung der Kasse des Gesamtverbandes ab und erteilt dem Vorstand Entlastung.

§ 10.

Die Befugnisse der Finanzabteilung beim Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamt bleiben unberührt.

§ 11.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1939 in Kraft.

Kiel, den 16. August 1939.

Der mit der Wahrnehmung der laufenden Verwaltungsgeschäfte für die der Kirchenregierung durch Verfassung, Gesetz und Verordnung übertragenen Aufgaben beauftragte

Präsident
des Landeskirchenamts

Dr. K i n d e r.

Nr. C. 4519 (Dez. III).

Nr. 50. Verordnung über die Zusammensetzung der kirchlichen Körperschaften. Vom 10. August 1939.

Kiel, den 10. August 1939.

Auf Grund der §§ 2 und 3 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 10. Dezember 1937 (RGBl. S. 1346) wird verordnet:

§ 1.

§ 14 Satz 1 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins vom 30. September 1922 erhält folgende Fassung: „Die Zahl der Kirchenältesten beträgt mindestens 3, höchstens 10“.

§ 2.

§ 14 Satz 3 der in § 1 genannten Verfassung erhält folgende Fassung: „Die Zahl der Kirchenvertreter ist mindestens zweimal, höchstens dreimal so groß wie die Zahl der Kirchenältesten“.

§ 3.

§ 14 Satz 6 der in § 1 genannten Verfassung erhält folgende Fassung: „Ebenso entscheidet die Propsteisynode auf Antrag der Kirchenvertretung über Änderung der Zahl der Kirchenältesten und Kirchenvertreter“.

§ 4.

Diese Verordnung tritt unter Aufhebung aller ihr entgegenstehenden Bestimmungen mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Kiel, den 10. August 1939.

Der Präsident
des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamts.

Nr. A 2148.

Dr. Kinder.

Nr. 51. Einberufung zu Übungen der Wehrmacht.

Kiel, den 31. Juli 1939.

Durch die Verordnung über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht vom 15. März 1939 (RGBl. I Seite 609) ist zur Durchführung des § 20 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (RGBl. I Seite 609) der Verordnung über die Dauer der Wehrpflicht in Ostpreußen vom 23. Mai 1935 (RGBl. I Seite 615) und der Verordnung über die Wehrpflicht von Offizieren und Wehrmachtsbeamten im Offizierang vom 22. Februar 1938 (RGBl. I Seite 214) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 28. Januar 1939 (RGBl. I Seite 103) die Verpflichtung zur Ableistung von Übungen der Wehrmacht, das bei der Einberufung zu solchen Übungen und bei der Zurückstellung von ihnen zu beachtende Verfahren, außerdem die Auswirkung der Übungen auf das Beschäftigungsverhältnis der Einberufenen in bezug auf die Weiterzahlung der Bezüge und auf die Gewährung von Urlaub geregelt worden. Da diese Verordnung sowohl für sämtliche kirchlichen Dienststellen, wie auch für die Geistlichen, Beamten und Angestellten im kirchlichen Dienst von Bedeutung ist, wird sie nachstehend in vollständigem Abdruck zur Kenntnis gebracht.

Wir bestimmen dazu mit Zustimmung der Finanzabteilung folgendes:

I.

Geistlichen und geistlichen Hilfskräften, die auf Grund des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (RGBl. I Seite 609) zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht in die Wehrmacht einberufen werden oder freiwillig eintreten, ist der erforderliche Urlaub unter Fortfall der Bezüge zu gewähren. Dasselbe gilt bei den Dienstpflichtigen des Geburtsjahrganges 1914 und jüngeren Jahrgängen für Übungszeiten zur kurzfristigen Ausbildung an Stelle der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht (§ 14 Abs. 4 der Verordnung vom 15. März 1939 — RGBl. I Seite 609).

II.

1. Für alle sonstigen Übungen (§ 1 der Verordnung vom 15. März 1939) ist Geistlichen und geistlichen Hilfskräften auf ihren mit dem Einberufungsbefehl vorzulegenden Antrag der erforderliche Urlaub unbeschadet der Vorschriften des § 7 der Verordnung vom 15. März 1939 (Zurückstellungsantrag) zu bewilligen.

2. Die Dienstbezüge sind während des Urlaubs fortzugewähren:

- a) den festangestellten Geistlichen und denjenigen Hilfsgeistlichen, denen die Bezüge eines festangestellten Pfarrers gewährt werden, für die einzelne Übung bis zur Höchstdauer von 28 Wochen, ferner für notwendige Reisetage, die außerhalb des Gestellungstages und des Entlassungstages liegen, sowie bis zur Höchstdauer von drei Tagen für die zwischen zwei Übungen liegende Zeit.

Wird die für eine Übung durch den Einberufungsbefehl festgesetzte Zeit infolge Erkrankung während der Übung und dadurch notwendige wehrmachtärztliche Behand-

lung überschritten, so sind die Dienstbezüge gleichwohl bis zum Ablauf des Tages der Entlassung aus der wehrmachtärztlichen Behandlung weiterzuzahlen. Entsprechendes gilt bei jeder anderen Überschreitung des für die Übung festgesetzten Zeitraumes, die durch eine nicht von dem Einberufenen verschuldete verspätete Entlassung verursacht wird.

- b) den übrigen geistlichen Hilfskräften unter Aufrechterhaltung des Beschäftigungsauftrages bis zur Höchstdauer von drei Monaten. Bei längerer Dauer der Übung erfolgt die Regelung im Einzelfall.

3. Die Urlaubsanträge sind zur Erteilung des Urlaubs durch den Herrn Landesbischof und zur Regelung der Fortgewährung der Dienstbezüge beim Landeskirchenamt einzureichen.

III.

Die Bestimmungen der Verordnung vom 15. März 1939 gelten auch für die Übungen der Kirchengemeindebeamten und Angestellten der Kirchengemeinden und Kirchengemeindevverbände.

IV.

Für Übungen, zu denen schon vor dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung vom 15. März 1939 einberufen ist, bleibt es bei der bisherigen Regelung. (§ 17 Absatz 2 der Verordnung vom 15. März 1939).

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. B 2926 (Dez. II).

Dr. Kinder.

Verordnung über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht.

Vom 15. März 1939.

Auf Grund des § 37 Abs. 2 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 609) und des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Übertragung des Verwaltungsrechts nach dem Wehrgesetz vom 22. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 615) wird zur Durchführung des § 20 des Wehrgesetzes, der Verordnung über die Dauer der Wehrpflicht in Ostpreußen vom 23. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 694) und der Verordnung über die Wehrpflicht von Offizieren und Wehrmachtbeamten im Offizierang vom 22. Februar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 214) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 28. Januar 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 103) verordnet:

1. Abschnitt.

Einberufung zu Übungen der Wehrmacht.

A. Übungspflicht.

§ 1.

(1) Übung im Sinne dieser Verordnung ist jeder von Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes außerhalb der aktiven Dienstpflicht in Erfüllung der Wehrpflicht oder freiwillig geleistete aktive Wehrdienst.

(2) Übung im Sinne dieser Verordnung ist demnach auch:

- a) die Heranziehung zur kurzfristigen Ausbildung an Stelle der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht,
- b) die Heranziehung zu sonstigem aktiven Wehrdienst,
- c) die Wiedereinberufung zum aktiven Wehrdienst nach § 22 Abs. 2 des Wehrgesetzes.

§ 2.

(1) Die Wehrpflichtigen sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu Übungen verpflichtet und können zu Pflichtübungen bis zu folgender Gesamthöchstdauer herangezogen werden:

a) als Ersatzreservisten I, soweit sie nicht zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht ausgehoben werden	28 Wochen
b) als Ersatzreservisten II	16 Wochen
c) als Reservisten I	26 Wochen
d) als Reservisten II	36 Wochen
e) als Wehrpflichtige der Landwehr I und II	16 Wochen
f) in Ostpreußen als Wehrpflichtige des Landsturms I und II	16 Wochen
g) als Offiziere z. B. und Wehrmachtbeamte z. B.	16 Wochen

(2) Dienstzeiten von freiwillig geleisteten Übungen und Beförderungsübungen sowie Dienstzeiten von sonstigem aktiven Wehrdienst nach § 1 Abs. 2 Buchstabe b werden auf die Dauer der Pflichtübungen nicht angerechnet.

B. Einberufung — Zurückstellung

§ 3.

(1) Die Wehrrersatzdienststellen berufen die Wehrpflichtigen durch Einberufungsbefehl zu den Übungen ein.

(2) Die Einberufung zu jeder Übung von mehr als zweitägiger Dauer erfolgt in der Regel sechs Wochen vor Übungsbeginn. Bei Wehrpflichtigen, die als Nachersatz einberufen werden, oder bei Mobilmachungsübungen kann diese Frist verkürzt werden. Die Einberufung zu Übungen nach § 1 Abs. 2 Buchstabe c ist an keine Frist gebunden.

(3) Bei Übungen bis zu zweitägiger Dauer soll der Einberufungsbefehl den Wehrpflichtigen in der Regel bis zum vierten Werktag vor Übungsbeginn zugestellt werden. Diese Frist gilt nicht für Mobilmachungsübungen und Übungen nach § 1 Abs. 2 Buchstabe c.

§ 4.

(1) Wehrpflichtige, die nach § 3 einberufen sind, können von der Ableistung der Übung zurückgestellt werden, wenn besondere häusliche, wirtschaftliche oder berufliche Gründe vorliegen. § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 5 und 6, §§ 23 bis 24 der Verordnung über die Musterung und Aushebung vom 17. April 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 469) in der Fassung der Änderungsverordnungen vom 14. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 394) und vom 7. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 425) sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Eine Zurückstellung von Mobilmachungsübungen kann nur in besonders dringenden Fällen erfolgen. Bei Übungen nach § 1 Abs. 2 Buchstabe c ist eine Zurückstellung nicht zulässig.

(3) Es kann insbesondere zurückgestellt werden:

1. ein Wehrpflichtiger, der Eigentümer, Inhaber, Pächter, Betriebsführer oder Betriebsleiter eines landwirtschaftlichen, industriellen, gewerblichen oder kaufmännischen Betriebes ist, wenn ohne diese Zurückstellung die Angehörigen, der Hausstand oder der Betrieb unverhältnismäßig große wirtschaftliche Nachteile erleiden würden. Der Einberufene muß jedoch den Nachweis erbringen, daß eine Vertretung in der Leitung des Betriebes usw. aus besonderen Gründen nicht erfolgen kann oder daß kein Vertreter zu finden ist.

2. ein Wehrpflichtiger, für den in einem einzelnen dringenden Falle nachgewiesen wird, daß
- a) er selbst ohne die Zurückstellung in seinem beruflichen Fortkommen oder in seiner Erwerbstätigkeit einen untragbaren Schaden erleiden würde,
 - b) seine Abwesenheit vom Berufe aus zwingenden gemeinwirtschaftlichen Gründen nicht verantwortet werden kann.

(4) § 25 Nummern 8 und 10, §§ 26 und 27 der Musterungsverordnung sind sinngemäß anzuwenden.

(5) Die Dauer der Zurückstellung ist der Eigenart des Zurückstellungsgrundes anzupassen. In der Regel sind Zurückgestellte im nächsten Kalenderjahr zur Ableistung ihrer Pflichtübung heranzuziehen. Nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen ist eine mehrmalige Zurückstellung von Übungen derselben Art möglich.

§ 5.

(1) Der Einberufene kann bei einer Übung von mehr als zweitägiger Dauer binnen einer Frist von einer Woche nach Zustellung des Einberufungsbefehls die Zurückstellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreispolizeibehörde beantragen. Gleichzeitig hat der Antragsteller die einberufende Wehrersatzdienststelle (§ 3 Abs. 1) hiervon schriftlich oder mündlich zu benachrichtigen. Antragstellung oder Mitteilung durch Telegramm sind zulässig. Die Antragsfrist kann für die als Nachersatz Einberufenen auf drei Tage verkürzt werden.

(2) Der Betriebsführer und Unternehmer kann die Zurückstellung von einberufenen Gefolgschaftsmitgliedern bei der Kreispolizeibehörde binnen einer Frist von einer Woche beantragen. Im übrigen gilt Abs. 1 sinngemäß.

(3) Treten die Gründe für die Zurückstellung erst später ein, kann der Antrag nachträglich gestellt werden.

(4) §§ 42 Abs. 2 und 46 Abs. 6 der Musterungsverordnung sind sinngemäß anzuwenden.

(5) Bei einer Übung bis zur Dauer von zwei Tagen beträgt die Frist für den Zurückstellungsantrag zwei Tage. Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. Notfalls kann der Zurückstellungsantrag auch fernmündlich gestellt werden; er ist dann unverzüglich schriftlich zu bestätigen.

§ 6.

(1) Die Kreispolizeibehörde prüft den Antrag mit möglichster Beschleunigung. Sie führt gegebenenfalls eine Äußerung der im § 37 Abs. 3 unter b Ziffer 1 bis 3 der Musterungsverordnung genannten Personen oder sonstiger Stellen nach näherer Bestimmung des Reichsministers des Innern herbei.

(2) Die Kreispolizeibehörde leitet mit eigener Stellungnahme dem Wehrbezirkskommandeur zu:

a) Anträge nach § 5 Abs. 1 und 2 in der Regel bis spätestens zwei Wochen (für als Nachersatz Einberufene eine Woche) nach Zustellung des Einberufungsbefehls an den Einberufenen.

b) Anträge nach § 5 Abs. 5 umgehend nach Eingang des Zurückstellungsantrags.

(3) Der Wehrbezirkskommandeur entscheidet auf Grund der Feststellungen und Vorschläge der Kreispolizeibehörde.

(4) Der schriftliche Entscheid ist dem Einberufenen und gegebenenfalls dem Antragsteller zuzustellen und in Abschrift der Kreispolizeibehörde mitzuteilen.

(5) § 32 Abs. 2, § 50 Abs. 1 und 2, § 51 Abs. 1 bis 3 und Abs. 5 bis 8 der Musterungsverordnung sind sinngemäß anzuwenden. Die Entscheidung des Wehrersatzinspektors nach § 50 Abs. 2 ist endgültig.

§ 7.

(1) Die Leiter von Behörden und Dienststellen des Reichs und der Länder, ferner die Leiter der Gemeinden über 10000 Einwohner und der Gemeindeverbände sowie die Leiter der staatlichen Hochschulen können die Zurückstellung von einzelnen einberufenen Beamten, Angestellten und Arbeitern von Übungen beantragen, wenn deren Vertretung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist oder ein Vertreter nicht gestellt werden kann. Im Antrag sind Grund und voraussichtliche Dauer der Behinderung anzugeben. Das Antragsrecht der Leiter der Gemeinden und Gemeinde-

verbände gilt auch für die Organe der zu den Selbstverwaltungskörperschaften gehörenden öffentlichen Betriebe (vgl. § 1 Abs. 1 b und c und Abs. 3 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934 — Reichsgesetzblatt I S. 220), gleichgültig, ob diese eigene Rechtspersönlichkeit besitzen oder unmittelbar durch die Selbstverwaltungskörperschaften verwaltet werden.

(2) Für Beamte, Angestellte und Arbeiter der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der berufsständischen Selbstverwaltungskörperschaften und Organisationen, ferner der Gemeinden bis zu 10000 Einwohner und der zu ihnen gehörenden öffentlichen Betriebe können unter den Voraussetzungen des Abs. 1 die Leiter der Aufsichtsbehörden oder die von diesen im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern bestimmten Behörden und, wenn eine Aufsichtsbehörde nicht vorhanden ist, die Leiter der örtlich zuständigen höheren Verwaltungsbehörde (§ 32 Abs. 2 der Musterungsverordnung) Zurückstellung beantragen. Dasselbe gilt für die Leiter und Lehrer sowie die sonstigen Beamten der öffentlichen Schulen.

(3) Für die hauptamtlich beschäftigten Personen der Dienststellen der NSDAP., ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände kann der Stellvertreter des Führers in sinngemäßer Anwendung des Abs. 1 Zurückstellung beantragen.

(4) Die Zurückstellungsanträge sind bis spätestens zwei Wochen nach Zustellung des Einberufungsbefehls an den Einberufenen schriftlich an die zuständige Wehrersatzdienststelle zu richten, notfalls mündlich oder fernmündlich unter unverzüglicher schriftlicher Bestätigung. Für die Fristen gilt § 6 Abs. 2, für die nachträgliche Antragstellung § 5 Abs. 3.

(5) Der Wehrbezirkskommandeur hat dem Zurückstellungsantrag in der Regel zu entsprechen. Der Antrag kann nur abgelehnt werden, wenn zwingende wehrdienstliche Belange dies erfordern. Die Zurückstellung kann für die Dauer der Behinderung, höchstens jedoch für ein Jahr, erfolgen. Der Wehrbezirkskommandeur erteilt über die Zurückstellung einen schriftlichen Entscheid. Bei Ablehnung hat die die Zurückstellung beantragende Dienststelle binnen einer Woche seit der Zustellung des Entscheids das Recht des Einspruchs. Der Einspruch ist beim Wehrbezirkskommandeur schriftlich einzulegen. Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend. § 50 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 der Musterungsverordnung gilt mit der Maßgabe, daß der Wehrersatzinspekteur endgültig entscheidet.

§ 8.

§§ 5 und 7 gelten nicht für die zur kurzfristigen Ausbildung einberufenen Ersatzreservisten des Geburtsjahrgangs 1913 und jüngere Jahrgänge.

2. Abschnitt.

Auswirkung der Übungen auf das Beschäftigungsverhältnis der Einberufenen.

A. In der freien Wirtschaft:

§ 9.

Urlaub zur Ableistung der Übungen.

(1) Der Betriebsführer und Unternehmer muß die nach § 3 einberufenen Gefolgschaftsmitglieder zur Ableistung der Übung beurlauben. Die Pflicht, Urlaub zu gewähren, tritt auch dann ein, wenn der Einberufene im Ausland beschäftigt ist.

(2) Das Gefolgschaftsmitglied hat den Einberufungsbefehl mit dem Urlaubsantrag unverzüglich dem Betriebsführer und Unternehmer vorzulegen.

§ 10.

Fortdauer des Arbeitsverhältnisses.

(1) Die Beurlaubung zu einer Übung gibt dem Betriebsführer und Unternehmer nicht das Recht, das Arbeitsverhältnis zu kündigen.

(2) Ein befristetes Arbeitsverhältnis wird durch die Einberufung zu einer Übung nicht verlängert.

(3) Ebenjowenig werden solche Arbeitsverhältnisse verlängert, die auch sonst während der in die Übung fallenden Zeit aufgelöst worden wären.

§ 11.

Arbeitsentgelt.

Das Gefolgschaftsmitglied hat — vorbehaltlich der Bestimmungen des § 12 — gegenüber dem Betriebsführer und Unternehmer für die Dauer des Übungsurlaubs einen Anspruch auf Zahlung von Arbeitsentgelt und sonstigen Bezügen.

§ 12.

Erholungsurlaub.

(1) Übungsurlaub darf auf Erholungsurlaub — vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmen — nicht angerechnet werden.

(2) Zahlt der Betriebsführer und Unternehmer dem Einberufenen für die Dauer des Übungsurlaubs das bisherige Arbeitsentgelt und sonstige Bezüge weiter, so kann er den Erholungsurlaub in dem laufenden oder in dem nachfolgenden Urlaubsjahr um ein Drittel — höchstens jedoch um die durch die Übung versäumten Arbeitstage — kürzen. Das Recht zur Urlaubskürzung entfällt nicht dadurch, daß der Betriebsführer und Unternehmer die Arbeitnehmeranteile an den Versicherungsbeiträgen, die nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsgesetze und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung während der Dauer der Übungen ruhen, vom Arbeitsentgelt in Abzug bringt.

(3) Ergeben sich bei einer Urlaubskürzung nach Abs. 2 Bruchteile, so ist die Kürzung auf volle Tage nach unten abzurunden.

(4) Wird das Gefolgschaftsmitglied in einem Urlaubsjahr zu mehreren Übungen einberufen oder findet in einem Urlaubsjahr gemäß Abs. 2 zugleich eine Urlaubskürzung aus dem Vorjahre statt, so gelten Abs. 2 und Abs. 3 mit der Maßgabe, daß der Erholungsurlaub insgesamt um nicht mehr als zwei Drittel gekürzt werden darf.

(5) Den Gefolgschaftsmitgliedern müssen trotz Urlaubskürzung in jedem Urlaubsjahr von dem ihnen zustehenden Urlaub mindestens sechs volle Arbeitstage als Urlaubstage verbleiben.

B. Im öffentlichen Dienst:

§ 13.

Urlaub zur Ableistung von Übungen.

(1) Beamte des Reichs, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände, Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Angestellte und Arbeiter öffentlicher Verwaltungen und Betriebe im Sinne des § 1 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 220) haben den Antrag auf Urlaub zur Ableistung einer Übung unverzüglich nach Zustellung des Einberufungsbefehls ihrem Dienstvorgesetzten vorzulegen.

(2) Dem Antrag auf Übungsurlaub ist stattzugeben, unbeschadet der sich aus § 7 für den Leiter der Behörde oder Dienststelle oder für die Aufsichtsbehörde ergebenden Rechte.

(3) § 10 gilt entsprechend.

§ 14.

Dienstbezüge und Erholungsurlaub der Beamten.

(1) Die Dienstbezüge der Beamten sind während des Übungsurlaubs für die einzelne Übung bis zur Höchstdauer von 28 Wochen, ferner für notwendige Reisetage, die außerhalb des Ge-

stellungstages und Entlassungstages liegen, fortzugewähren. Dies gilt auch für die zwischen zwei Übungen liegende Zeit bis zur Höchstdauer von drei Tagen.

(2) Wird die für eine Übung durch den Einberufungsbefehl festgesetzte Zeit infolge Erkrankung während der Übung und dadurch notwendige wehrmachtärztliche Behandlung überschritten, so sind die Dienstbezüge gleichwohl bis zum Ablauf des Tages der Entlassung aus der wehrmachtärztlichen Behandlung weiterzuzahlen. Entsprechendes gilt bei jeder anderen Überschreitung des für die Übung festgesetzten Zeitraumes, die durch eine nicht von dem Einberufenen verschuldete verspätete Entlassung verurteilt wird.

(3) Der Erholungsurlaub der Beamten ist in dem laufenden oder in dem nachfolgenden Urlaubsjahr (Rechnungsjahr oder Geschäftsjahr) um ein Drittel — höchstens jedoch um die durch die Übung veräußerten Arbeitstage — zu kürzen. § 12 Abs. 3 bis 5 gilt entsprechend.

(4) Die Bestimmungen des Abs. 1 und des Abs. 2 finden auf Übungszeiten im Sinne des § 1 Abs. 2 Buchstabe a für die Dienstpflichtigen des Geburtsjahrgangs 1914 und jüngere Jahrgänge keine Anwendung. Eine Kürzung des Erholungsurlaubs findet in diesen Fällen nicht statt.

§ 15.

Dienstbezüge und Erholungsurlaub der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes.

(1) Die Vorschriften des § 14 gelten für die Dauer des Fortbestehens des Dienstverhältnisses während der Übungszeit auch für Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Die Dienstbezüge sind jedoch um die nach den Reichsversicherungsgesetzen und dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung während der Dauer der Übung ruhenden Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zu kürzen.

(2) Bei der Kürzung des Erholungsurlaubs nach § 14 Abs. 3 wird unterstellt, daß das Gefolgschaftsmitglied im nachfolgenden Urlaubsjahr noch oder wieder mit Erholungsurlaub beschäftigt ist.

§ 16.

Anrechnung der Übungszeiten innerhalb des öffentlichen Dienst- und Arbeitsverhältnisses.

(1) Der Reichsminister des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, wieweit die durch Ableistung von Übungen in der Wehrmacht verbrachte Zeit auf eine im öffentlichen Dienst zu leistende Ausbildungs- und Probezeit anzurechnen ist. Wird durch die Ableistung einer Übung die Beendigung der Ausbildung oder Probezeit hinausgeschoben, so ist das allgemeine Dienstalter des Einberufenen um diese Zeit vorzurücken.

(2) Die durch die Ableistung von Übungen verbrachte Zeit ist bei nichtbeamteten Gefolgschaftsmitgliedern nach näherer Bestimmung des Reichstreuhanders für den öffentlichen Dienst als Dienstzeit im Sinne der Tarifordnungen (einschließlich der als Tarifordnungen weiter geltenden Tarifverträge) des öffentlichen Dienstes anzusehen.

3. Abschnitt.

Übergangs- und Schlussvorschrift.

§ 17.

(1) Die Verordnung tritt mit dem auf ihre Verkündung folgenden Tage in Kraft. Zu gleicher Zeit tritt die Verordnung über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht vom 25. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1358) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 28. März 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 326) außer Kraft.

(2) Für Übungen, zu denen schon vor dem Tage des Inkrafttretens einberufen ist, finden die bisherigen Vorschriften Anwendung.

Berlin, den 15. März 1939.

Der Reichsminister des Innern.

In Vertretung Dr. Stuckart.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Reitel.

Nr. 52. Krankenversicherung der Geistlichen.

Kiel, den 7. August 1939.

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß noch vielfach die Geistlichen keiner Krankenversicherung angehören. Die sich daraus ergebende schwere finanzielle Notlage in Krankheitsfällen führt immer wieder dazu, daß die Höhe der beantragten Beihilfen weit über die uns zur Verfügung stehenden Unterstützungsmittel hinausgeht. Um eine gerechte Verteilung unserer Unterstützungsmittel zu gewährleisten, werden wir in Zukunft mehr noch als bisher bei allen Unterstützungsgesuchen berücksichtigen, ob und aus welchen Gründen der Geistliche einer Krankenversicherung nicht angehört. Wir weisen in diesem Zusammenhang erneut auf die Pfarrerversicherungskasse V. a. G. in Düsseldorf-Benrath, Benrather Schloßallee 44, hin. Vikare, Hilfsgeistliche und Pfarrer unter 30 Jahren werden dort zu ermäßigten Tarifen aufgenommen.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Dr. Kinder.

Nr. B. 1631/39 (Dez. II).

Nr. 53. Umpfarrung des Ortsteils Kopperpahl.

Kiel, den 12. August 1939.

Urkunde über die Umpfarrung des Ortsteils Kopperpahl aus der Kirchengemeinde Luther-West, Kiel, in die Kirchengemeinde Jacobi-West, Kiel.

Nach beschlußmäßiger Stellungnahme der kirchlichen Körperschaften der Kirchengemeinden Luther-West, Kiel, und Jacobi-West, Kiel, und nach beschlußmäßiger Stellungnahme des Synodalausschusses der Propstei Kiel in Wahrnehmung der Aufgaben der Propsteisynode, sowie nach Anhörung der bei der Umpfarrung beteiligten Kirchengemeindeglieder wird hierdurch angeordnet:

§ 1.

Der bisher zur Kirchengemeinde Luther-West, Kiel, gehörige Ortsteil Kopperpahl wird mit allen darauf befindlichen und noch zu errichtenden Gebäuden aus der Kirchengemeinde Luther-West, Kiel, ausgepfarrt und in die Kirchengemeinde Jacobi-West, Kiel, eingepfarrt.

§ 2.

Diese Urkunde tritt mit dem 1. April 1939 in Kraft.

Kiel, den 15. Mai 1939.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

In Vertretung:

gez. Carstensen.

(Siegel)

Nr. C. 2897 (Dez. II)

Von staatsaufsichtswegen genehmigt.

Schleswig, den 22. Juli 1939.

Der Regierungspräsident.

Im Auftrage:

gez. Herrmann.

(Siegel)

Vorstehende Urkunde wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Dr. Kinder.

Nr. C. 4654 (Dez. II)

Nr. 54. Umpfarrung des Gutes Rathmannsdorf.

Kiel, den 12. August 1939.

Urkunde

über die Umpfarrung des Gutes Rathmannsdorf mit Rathmannsdorfer Schleuse, sowie des Forsthauses Hollin und des Gasthofes Lebensau aus der Kirchengemeinde Dänischenhagen in die Kirchengemeinde Gettorf.

Nach beschlußmäßiger Stellungnahme der kirchlichen Körperschaften der Kirchengemeinden Gettorf und Dänischenhagen, sowie nach Anhörung des Synodalausschusses der Propstei Hütten und der bei der Umpfarrung beteiligten Gemeindeglieder wird hierdurch angeordnet:

§ 1.

Das bisher zur Kirchengemeinde Dänischenhagen gehörige Gut Rathmannsdorf mit Rathmannsdorfer Schleuse, sowie das Forsthaus Hollin und der Gasthof Lebensau werden aus der Kirchengemeinde Dänischenhagen ausgepfarrt und in die Kirchengemeinde Gettorf eingepfarrt.

§ 2.

Diese Urkunde tritt mit dem 1. April 1939 in Kraft.

Kiel, den 3. Juni 1939.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Im Auftrage:

gez. Carstensen.

(Siegel)

Nr. C 3115 (Dez. II)

Von staatsaufsichtswegen genehmigt.

Schleswig, den 25. Juli 1939.

Der Regierungspräsident.

Im Auftrage:

gez. Herrmann.

(Siegel)

Vorstehende Urkunde wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Dr. Kinder.

Nr. C. 4655 (Dez. II).

Nr. 55. Dienstwohnungsvergütung für kinderreiche Beamten.

Kiel, den 18. August 1939.

Abschrift.

Der Reichsminister
für die kirchlichen Angelegenheiten.
I 991/39 II.

Berlin W 8, den 25. Mai 1939.

An die
kirchlichen Behörden.

Abschrift.

Der Reichsminister der Finanzen.
A 4480 — 3836 IV.

Berlin W 8, den 29. April 1939.
Wilhelmsplatz 1/2.

Höchste Dienstwohnungsvergütung der kinderreichen Beamten.

Durch Artikel IV § 1 Abschnitt III des Gesetzes über die 32. Änderung des Besoldungsgesetzes vom 27. September 1938, Reichsgesetzbl. I S. 1205, ist der Wohnungsgeldzuschuß für Beamte mit drei und mehr kinderzuschlagsberechtigten Kindern erhöht worden.

Entsprechend der Vorschrift in Nr. 53 Abs. 5 BB., wonach die höchste Dienstwohnungsvergütung auf den Betrag des tatsächlich zustehenden Wohnungsgeldzuschusses begrenzt ist, ist in Abschnitt A VI des Durchführungserlasses vom 13. November 1938 — A 4022 — 20614 IV — (RB. S. 353) bestimmt worden, daß bei der Bemessung der höchsten Dienstwohnungsvergütung der gekürzte Wohnungsgeldzuschuß zugrunde zu legen ist, der dem Beamten nach der Zahl der kinderzuschlagsberechtigten Kinder zu zahlen ist.

Diese Regelung kann in den Fällen, in denen der örtliche Mietwert der Dienstwohnung des kinderreichen Beamten den Betrag des höheren Wohnungsgeldzuschusses erreicht oder übersteigt, zu einem unerwünschten Ergebnis führen, insofern als

- a) der Unterschiedsbetrag zwischen dem bisherigen und dem jetzigen WBZ. nicht ausbezahlt, sondern als weiterer Teilbetrag der Dienstwohnungsvergütung einbehalten wird,
- b) der Dienstwohnungsinhaber infolge der Erhöhung seines Dienst Einkommens in eine höhere Stufe der Lohnsteuertabelle aufrücken kann und danach eine höhere Lohnsteuer entrichten muß, also keine Vermehrung, sondern eine Verringerung seiner Vereinnahmen erfährt.

Zur Beseitigung dieses Zustandes und gleichzeitigen Herbeiführung einer Einheitlichkeit für alle Dienstwohnungsinhaber werde ich gelegentlich der nächsten Änderung der BB. die Nr. 53 Abs. 5 wie folgt neu fassen:

„Die Dienstwohnungsvergütung ist aus dem Wohnungsgeldzuschuß des Dienstwohnungsinhabers (einschließlich der Erhöhung nach § 9 Abs. 2 BesG.) zu errechnen. Dieser Berechnung ist in jedem Falle nur der Wohnungsgeldzuschuß für Beamte mit weniger als drei kinderzuschlagsfähigen Kindern (Aufstellung a der Anlage 4 zum BesG.) zugrunde zu legen. Der auf diese Weise festgesetzte Betrag gilt als höchste Dienstwohnungsvergütung.“

Ich bin damit einverstanden, daß schon jetzt, und zwar mit Wirkung vom 1. Juli 1938 (dem Tage des Inkrafttretens der 32. Änderung BesG.), entsprechend verfahren wird.

Entsprechend dieser Regelung wird die Vorschrift in Abschnitt A VI des Erlasses vom 13. November 1938 (RB. S. 353) wie folgt geändert:

„Bei der Bemessung der höchsten Dienstwohnungsvergütung (Nr. 53 Abs. 5 BB.) ist in jedem Falle der gekürzte Wohnungsgeldzuschuß zugrunde zu legen, den der Dienstwohnungsinhaber als Beamter mit weniger als drei kinderzuschlagsfähigen Kindern erhält oder erhalten würde.“

Der aus diesem Wohnungsgeldzuschuß zu errechnende Kürzungsbetrag ist nach dem Erlaß vom 23. März 1933 - A 4550 - 8125 I B - (RWB. S. 11) festzustellen“.

Gegenüber dem in dem Erlaß vom 23. März 1933 dargestellten Berechnungsbeispiel ergibt sich für einen Dienstwohnungsinhaber mit drei und mehr Kinderzuschlagsberechtigten Kindern folgendes Beispiel:

Gesamtjahreseinkommen eines Dienstwohnungsinhabers mit fünf Kinderzuschlagsberechtigten Kindern, BesGr. A 2 c, sechste Dienstaltersstufe, dienstlicher Wohnsitz Berlin 9.116,— <i>R.M.</i> , u. zwar	
Grundgehalt	6.800 — <i>R.M.</i>
Örtl. Sonderzuschlag	204 — „
Zusammen	7.004 — <i>R.M.</i>
Wohnungsgeldzuschuß (Aufstellung c)	2.112 — „ = zus. w. o. . 9.116.— <i>R.M.</i>
Kürzung: (gemäß Nr. 6 a RWB. zur Dritten RWB.)	
a) 21 v. H. aus 7004 <i>R.M.</i>	1.470,84 <i>R.M.</i>
b) 21 v. H. aus 2112 „	443,52 „
Zusammen	1.914,36 <i>R.M.</i>
Hiervon ab (Minderungsbetrag)	90,— „ = 1.824,36 <i>R.M.</i>
Gekürztes Gesamteinkommen:	7.291,64 <i>R.M.</i>
(ohne Kinderzuschläge).	

Die höchste Dienstwohnungsvergütung ist nach vorstehenden Ausführungen jedoch zu berechnen aus dem Wohnungsgeldzuschuß nach der Aufstellung a, also aus 1.584 *R.M.* Sie beträgt mithin jährlich 1.584 *R.M.* minus (21. v. H.) = 332,64 *R.M.* = 1.251,36 *R.M.* oder monatlich 104,28 *R.M.*

gez. Graf Schwerin von Krosigk.

Oberste Reichsbehörden.

Vorstehende Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisaahme und Beachtung.

Im Auftrage:

Dr. Stahn.

Vorstehenden Ministerialerlaß bringen wir hiermit den Kirchengemeinden zur Kenntnisaahme und zur Beachtung.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt

Nr. Pr. 200

Dr. Kinder.

Nr. 56. Uebernahme von Pfarrarchiven bei einem Wechsel im Pfarramt.

Kiel, den 16. August 1939.

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß bei einem Wechsel im Pfarramt die Uebernahme des Pfarrarchivs, d. h. also sämtliche Akten, Bücher, Register und Urkunden der Kirchengemeinde und des Pfarramts, mit besonderer Sorgfalt zu erfolgen hat. Der Nachfolger im Pfarramt hat sich davon zu überzeugen, daß die kirchlichen Archivalien vorhanden sind und mit der erforderlichen Sorgfalt behandelt werden. Bei der Uebergabe des Pfarrarchivs an den Nachfolger bzw. bei Eintreten der Vakanz ist eine Verhandlung aufzunehmen. Im übrigen wird verwiesen auf § 7 Ziff. 3 der Verwaltungsordnung für die Kirchengemeinden der ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. A 2213 (Dez. VIII)

Dr. Kinder.

Nr. 57. Kirchenkollekte für die Arbeit der Inneren Mission.

Kiel, den 1. August 1939.

In Ergänzung unserer Kollektenausweisung für das dritte Vierteljahr 1939 vom 1. Juni 1939 (Kirchl. Gef.- u. V.-Bl. Seite 39) ordnen wir hiermit an, daß am 16. Sonntag nach Trin. — 24. Sept. 1939 — am Tage der Inneren Mission eine allgemein verbindliche Kirchenkollekte für die Arbeit der Inneren Mission in Schleswig-Holstein in allen Kirchen unseres Aufsichtsgebietes bei allen an diesem Tage stattfindenden Hauptgottesdiensten abzuhalten ist. Im übrigen verweisen wir auf unsere Rundverfügung vom 31. Juli 1939 — A 1673 —.

Die Pröpste (Landessuperintendent) werden ersucht, die Kollektenerträge innerhalb der vorgeschriebenen vierwöchigen Frist unter gleichzeitiger Einreichung der Nachweisungen an uns unter Angabe der Zweckbestimmung auf das Konto des Landesleiters der Inneren Mission: Bankhaus Wilh. Ahlmann, Kiel, Konto Nr. 4991 — abzuführen.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

In Vertretung:

Nr. C. 4087 (Dez. V).

Garstensen.

Nr. 58. Ermittlung von Urkunden.

Dringend gesucht werden folgende Urkunden:

1. Geburts- / Taufschein Margarethe Thode, geb. um 1780 (möglich bis 1785 oder vor), Tochter des Hans Thode und der Anna Lindemann.
2. Geburts- / Taufschein Dorothea Wen(d)land, geb. 1790 (um 1790), Tochter des Wilhelm Wendland.
3. Geburts- / Taufschein Joachim Christoffer Brennecke, geb. 1790 (um 1790).

Gegend: um Neumünster - Bramstedt - Kappeln - Borby;
für die 3. Urkunde: Gegend: mecklenburgische Grenze.

Ich zahle für jede Urkunde eine Sondergebühr von RM. 10.— und halte mich an diese Zusage bis 14 Tage nach Erscheinen der Anzeige gebunden. Eilmeldung über Auffindung (keine Nachnahme, da Vorauszahlung erfolgt) erbeten an Ernst Währecke, Potsdam, Waisenstraße 1.

Nr. A 1864 (Dez. VIII).

Gesucht werden:

1. Sterbeurkunde des am 18. August 1779 in Breez geborenen Johann, Friedrich, Hinrich Lindau, des Maurergesellen in Breez Detlev Lindau und der Abel, Elisabeth geb. Horn(s) ehelicher Sohn. Beruf: Maurer. Lindau hat sich 1815 in Bohnstorf und 1830 in Trent bei Breez aufgehalten.
2. Geburtsurkunde der am 18. Juli 1814 in Breez verstorbenen Anna, Catharina, Magdalena Jäger, uneheliche Tochter einer längst verstorbenen Anna, Maria Jäger geb. Behrends, derzeit Witwe in Breez und eines hier weggegangenen Tischlergesellen Jürgen Lödinger aus Kensefeld bei Lübeck. Alt der Angabe nach 58 Jahre.
Für jede Urkunde zahle ich eine Sondervergütung von 5.— RM.
Nachnahmesendung erbeten an G. Lange, Hamburg, Brekelbaumsparck 25.

Nr. A 2118 (Dez. VIII).

Personalien.

- Berufen:** Am 12. Juli 1939 der Pastor Georg Kelch bisher in Breez in die 5. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Blankenese (Sferbrook);
am 12. Juli 1939 der Pastor Wilhelm Bayer bisher Hilfsgeistlicher in Kiel in die 1. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Kropp;
am 12. Juli 1939 der Pastor Arnold Benesch bisher in Wesselburen in die 1. Pfarrstelle der Christians-Kirchengemeinde in Hamburg-Ottensen;
am 13. Juli 1939 der Pastor Hans Hansen bisher Provinzialvikar in Hansföhn in die Pfarrstelle der Kirchengemeinde Hansföhn.
- Eingeführt:** am 16. Juli 1939 der Pastor Karl Otte in Gülzow als Pastor der Kirchengemeinde Gülzow;
am 16. Juli 1939 der Pastor Wilhelm Früchting bisher Provinzialvikar in Seester als Pastor der Kirchengemeinde Seester.
- Entlassen** auf seinen Antrag zum 1. Juli 1939 Pastor Johannes Schröder in Albersdorf 2 infolge Ernennung zum Wehrmachtspfarrer in Neumünster.

Erledigte Pfarrstelle.

Die erste Pfarrstelle der Kirchengemeinde Wesselburen (Dithmarschen) wird frei und wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Besoldung richtet sich nach den Grundsätzen der Übergangsversorgung der Geistlichen Ortsklasse B. Neues Pastorat mit Garten vorhanden. Bewerbungen mit Zeugnissen und Lebenslauf sind bis zum 10. September 1939 an den Synodalausschuß in Hennstedt über Heide (Holstein) einzureichen.